

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung  
Kurt Schöbi, Co-Leitung  
c/o SRG Deutschschweiz  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellesrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellesrgd.ch)

Zürich, 18. November 2020

**Dossier Nr 7009, «DOK», "Schmutzige Geschäfte – Der Schweizer Finanzplatz und die Klimakrise" vom 15. Oktober 2020**

Sehr geehrter Herr X

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 19. Oktober 2020, worin Sie obengenannte Sendung wie folgt beanstanden:

*«Dieser Dok-Film verfolgt einzig und allein das Ziel des Banken-Bashings.*

*1. Der ganze Bericht zielt darauf ab die Banken an den Pranger zu stellen. Es wird kein Bezug darauf genommen, dass es sich um ein sehr komplexes System handelt. In welchem die Banken ein kleines Puzzle-Stück darstellen. Viel bedeutender sind die Konsumenten, durch welche die Nachfrage nach Rohstoffen (Öl, Kohle, Strom) erst entsteht. Zusätzlich sind lokale Regierungen in den USA und Deutschland für die Aufsicht der im Film gezeigten Missstände und Umsiedlungen verantwortlich und nicht Finanzinstitute.*

*Banken werden wahllos an den Pranger gestellt. Damit verstösst die Sendung ganz eindeutig gegen das Sachgerechtigkeitsgebot. Da diese Sendung unter der Sendungsreihe SRF DOK erscheint, gibt sie vor objektiv zu sein. Sie entspricht allerdings viel mehr der Vermittlung einer bereits bestehender Meinung der Journalistin und einiger Aktivisten. Somit wird auch das Transparenzgebot verletzt.*

*Das Banken in unserem Wirtschaftssystem eine zentrale und notwendige Rolle spielen wird nicht erwähnt.*

*Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine derart unreflektierte Arbeit an einer Mittelschule, geschweige denn an einer Universität, eine genügende Note erhalten würde.*

*2. Der Sprecher der Credit Suisse wird im Gegensatz zu den anderen Interviewpartnern mit Hilfe redaktioneller Tricks in ein schlechtes Licht gerückt (dunkle Beleuchtung, Schnitt).*

*3. Wieso muss die SRF Journalistin für solche Interviews in die USA fliegen? Ein lokaler Partner in Kombination mittels moderner Technologie (Skype, Zoom, Webex) wäre sowohl umweltschonender, als auch kostengünstiger.*

*4. Wenn Banken in der Tat solch schlimme Übeltäter sind, sollte das SRF auf das Geld der UBS und Credit Suisse durch Fernsehsponsorings (z.B. Schweizer Nationalmannschaft, Leichtathletik etc.) verzichten oder dieses spenden.»*

Wir haben Ihre Kritik **der Redaktion** zur Stellungnahme zugestellt. Sie schreibt Folgendes:

Gerne nehmen wir zur Beanstandung von Herrn X Stellung und gehen im Folgenden auf die einzelnen Punkte ein, welche Herr X kritisiert.

1. *«Dieser DOK-Film verfolgt einzig und allein das Ziel des Banken-Bashings»*

Ausgangspunkt der Recherchen war die Demonstration von Klimaaktivistinnen und -aktivisten am Zürcher Paradeplatz vom Juli 2019. «DOK»-Autorin Karin Bauer ging der Frage nach, wie viele Mittel die Schweizer Grossbanken als wichtige Akteure auf dem Finanzplatz für fossile Energien bereitstellen. Dieser Ansatz ist für uns aus mehrfacher Hinsicht gerechtfertigt:

1) Sowohl CS wie UBS anerkennen die Pariser Klimaschutzziele und halten fest, dass ihre Finanzflüsse damit in Einklang gebracht werden müssen (siehe Beilagen 1 und 2).

CS: «Als globales Finanzinstitut anerkennt die Credit Suisse ihren Teil der Verantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels und ist sich bewusst, dass auch die Finanzströme mit den Zielen des Pariser Abkommens in Einklang gebracht werden müssen. Wir sehen unsere Rolle als Finanzintermediär darin, beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft als zuverlässiger Partner zu dienen.»

UBS: «UBS ist stolz, zu den ersten Unterzeichnern dieser historischen Vereinbarung zu gehören (Principles for Responsible Banking der United Nations Environment Programme Finance Initiative), eines umfassenden Rahmenwerks, das alle Unternehmensbereiche auf nachhaltiges Handeln verpflichtet. (...) Mit diesen Grundsätzen haben sich Banken aus aller Welt verpflichtet, ihr Geschäft an den Nachhaltigkeitszielen der UN sowie den Zielen des Pariser Klimaabkommens auszurichten und künftig erheblich mehr zum Erreichen der Klima- und Nachhaltigkeitsziele beizutragen.»

Um diese Richtlinien zu überprüfen, haben wir analysieren lassen, wie viele Mittel die Banken seit der Verabschiedung des Pariser Klimaschutzabkommens (12.12.2015), also seit Januar 2016 für Kohle-, Öl- und Gasproduzenten bereitgestellt haben – in Form von Krediten und durch Vermittlungen am Kapitalmarkt.

2) Ökonomen wie Philippe Thalmann, Wirtschaftsprofessor der ETH Lausanne und Mathias Binswanger, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz, bestätigen, dass es gerechtfertigt ist, den Fokus auf Grossbanken zu richten. Sie haben

durch Kreditvergaben einen direkten Einfluss auf die Finanzierung von klimaschädlichen Kohlebergwerken, Ölplattformen, Pipelines und Raffinerien. Und: «(...) die gewaltigen Summen, die für Investitionen zur Förderung und Verarbeitung von fossilen Brennstoffen notwendig sind, lassen sich ohne Banken nicht auftreiben.», so Binswanger in seinem Artikel in der «Finanz und Wirtschaft» vom 26.07.19 (Beilagen 3 und 4).

3) In seinem Interview zweifelt Bruno Bischoff, Nachhaltigkeitsverantwortlicher der Credit Suisse, mit keinem Wort die wichtige Rolle der Banken bei der Transition zur fossilfreien Wirtschaft an. Er bestätigt im Gegenteil, dass die CS, so wie andere Banken, bis 2030 keine Kohle mehr finanzieren wolle. Auch sagt er, dass die CS die Finanzierung von Öl- und Gaspipelinefirmen wie Energy Transfer laufend überprüfe.

4) Im Film kommt deutlich zum Ausdruck, dass Wirtschaft und Gesellschaft heute noch von fossilen Energieträgern abhängen.

Interviewfrage an David Dresen (TC 9.29): «RWE sagt: Der Ausstieg aus der Kohle braucht Zeit. Über 40% des Stroms hier - in Nordrhein-Westfalen – stammt noch von der Braunkohle».

Aussage CS-Banker Bruno Bischoff (TC 21.38): «Aber wie gseit, de Strom wo mer beziend us de Steckdose isch zum chlinste Teil us Wind- und Solarenergie. De Übergang wird dure und de wird Kapital benötige.»

5) Die deutsche Regierung hat den Kohleausstieg auf 2038 beschlossen. Das Kohleausstiegsgesetz ermöglicht der Firma RWE, weitere Dörfer umzusiedeln. Jede Bank und jeder Investor ist jedoch frei in der Entscheidung, Kohleabbau und Kohleverstromung von RWE zu finanzieren. Der norwegische Staatsfonds (der weltweit grösster Staatsfonds) hat seine Anteile an RWE letzten Mai veräussert. Auch die UBS finanziert den Kohlesektor von RWE seit 2016 gemäss Profundo-Analyse nicht mehr, die CS hat letztmals 2019 Mittel für den Kohlesektor von RWE bereitgestellt.

6) Auch in Texas, wo es keine direkten Grenzwerte für Methan gibt, sind Banken und Investoren frei in der Wahl, ob sie Fracking-Firmen finanzieren oder nicht. Die UBS ist deutlich weniger engagiert als die CS, die in Houston eine Investmentbank unterhält. Die CS und die UBS haben sich zudem mit Richtlinien verpflichtet, Umwelt- und soziale Risiken zu überprüfen, respektive sich um die Förderung «umwelt- und klimaschonender Öl- und Erdgasmethode» zu bemühen» (ab TC 35.04). Aus diesen Richtlinien entsteht unseres Erachtens eine Verantwortung der Banken für die Methan- und CO<sub>2</sub>-Emissionen, welche Firmen verursachen, die sie mit Krediten finanzieren oder durch Kapitalmarktmissionen unterstützen.

Die Banken werden keinesfalls «wahllos an den Pranger gestellt», wie Herr X schreibt. Wir haben durch die holländische Finanzanalyse-Firma Profundo auf Basis der

Finanzdatenbanken Thomson Reuters Eikon und Bloomberg errechnen lassen, wie viele Mittel die Credit Suisse und die UBS seit 2016 für fossile Energien bereitgestellt haben. Im Fall des Energiekonzerns RWE, der auch erneuerbare Energien im Portfolio hat, haben wir nur die Finanzierung des Kohleanteils errechnen lassen. Wir fragen auch nach, wie akkurat diese Berechnungen aufgrund Finanzdatenbanken sind und hören, dass sie zu rund 75% stimmen. In unserer Vorgehensweise sind wir darum transparent und sachgerecht. Es entspricht überdies der journalistischen Freiheit von SRF, den Fokus auf ein bestimmtes Thema zu richten.

2. *«Der Sprecher der Credit Suisse wird im Gegensatz zu den anderen Interviewpartnern mit Hilfe redaktioneller Tricks in ein schlechtes Licht gerückt (dunkle Beleuchtung, Schnitt).»*

Den Vorwurf, den Nachhaltigkeitsverantwortlichen der CS in ein schlechtes Licht gerückt zu haben, weisen wir in aller Form zurück. Das Kamerateam hat im Gegenteil den Raum ausgeleuchtet, um optimale Lichtverhältnisse zu schaffen. Der Medienverantwortliche der CS war zu jeder Zeit dabei und hat alles überwacht. Alle Interviewpassagen wurden der CS vor der Ausstrahlung zu ihrer Kenntnis vorgelegt. Zusätzlich sind wir dem Wunsch der Bank nachgekommen, eine Aussage zu kürzen, weil Herr Bischoff, wie die Bank meinte, die Sachlage zu wenig gut kenne. Dies obwohl wir der CS alle Interviewthemen im Vorfeld kommuniziert hatten.

3. *«Wieso muss die SRF-Journalistin für solche Interviews in die USA fliegen? Ein lokaler Partner in Kombination mittels moderner Technologie (Skype, Zoom, Webex) wäre sowohl umweltschonender als auch kostengünstiger.»*

Es ist bei längeren und aufwändigen SRF-Produktionen üblich, dass die Autorin oder der Autor, der die Recherchen gemacht hat und das Thema demzufolge am besten kennt, auch die Interviews vor Ort führt. Auch haben wir den Anspruch, wo immer möglich, uns mit eigenen Augen einen Überblick vor Ort zu verschaffen und uns nicht auf Bilder Dritter zu verlassen. Wir sind uns der Problematik aber durchaus bewusst. So hat «DOK»-Autorin Karin Bauer mit einem lokalen Kameramann in den USA zusammengearbeitet, um Emissionen und Kosten einzusparen.

4. *«Wenn Banken in der Tat solch schlimme Übeltäter sind, sollte das SRF auf das Geld der UBS und Credit Suisse durch Fernsehsponsorings (z.B. Schweizer Nationalmannschaft, Leichtathletik etc.) verzichten oder dieses Spenden.»*

Es ging uns nicht darum, die CS und UBS zu «bashen» oder als «schlimme Übeltäter» darzustellen, wie Herr X schreibt. Wir haben lediglich die Versprechen der Banken bezüglich Pariser Klimaschutzziele und die Richtlinien der Banken zu Umweltrisiken bei finanzierten Firmen mit fossilen Energien vor Ort überprüft. Die journalistische Tätigkeit der SRF-Redaktionen erfolgt unabhängig, sie hat weder eine Verbindung zu Sponsoring-aufträgen noch ist sie davon abhängig.

Fazit: Wir sind überzeugt, dass es dem Publikum zu jeder Zeit möglich war, die Protagonistinnen und Protagonisten richtig einzuordnen und sich aufgrund der vermittelten Informationen, Fakten und Meinungen ein zuverlässiges Bild über das Thema des Dokumentarfilms zu machen. Es geht im Film um die Eigenverantwortung (interne Richtlinien) und um die Versprechen (Pariser Klimaschutzziele) der Finanzinstitute. Diese kommen mit ihren besten Argumenten zu Wort oder sind zitiert. Die Banken zeigen, dass sie sich aus eigenem Antrieb bemühen und auf dem Weg sind, die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer können sich nach dem Film eine eigene Meinung bilden: Entweder kommen sie zum Schluss, dass sich die Finanzinstitute bereits genügend bemühen oder sie kommen zum Schluss, dass dies noch nicht genügend der Fall ist.

**Link zum Film** [«Schmutzige Geschäfte – Der Schweizer Finanzplatz und die Klimakrise»](#)

Beilage 1:

<https://www.credit-suisse.com/about-us/de/unsere-unternehmen/unternehmerische-verantwortung/umwelt/klimaschutz.html>

Beilage 2:

<https://www.ubs.com/global/de/media/display-page-ndp/de-20190923-ubs-un-plan.html>

Beilage 3:

<https://www.20min.ch/story/sind-banken-wirklich-die-klimasuender-der-nation-208566155456>

Beilage 4:

<https://www.fuw.ch/article/nmtm-sind-grosse-banken-auch-grosse-klimasuender/>

**Die Ombudsstelle** hat sich den Beitrag ebenfalls genau angeschaut und sich mit Ihrer Kritik befasst.

Kredite von Banken, Versicherungen und Pensionskassen halten die Wirtschaft am Laufen; Gesetze und Vorschriften von Staaten bestimmen dabei die Spielregeln und regulieren Industrie, Handel und Gewerbe. Das System «Wirtschaft» ist wie Sie schreiben sehr komplex und setzt sich aus vielen Puzzleteilen zusammen. Gleiches gilt für das Phänomen «Klimakrise»: Die Summe aller Einflüsse und Faktoren machen die Krise aus, jedes einzelne «Puzzleteil» für sich wäre vielleicht noch in den Griff zu bekommen. Unklar ist auch, welcher Aspekt welchen Einfluss auf die Klimakrise hat; darin sind sich selbst Experten nicht einig. Und wird ein Aspekt etwas genauer unter die Lupe genommen, heisst dies nicht, dass dieser Aspekt die Hauptschuld an der Krise trägt und dass es ohne diesen Aspekt keine Klimakrise gäbe. Dass aber der Fokus auf einen bestimmten Aspekt des Themas gerichtet wird, und damit in einer Sendung andere wichtige Aspekte nicht zur Sprache kommen, widerspricht dem Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) nicht. RTVG, Art.6, Abs. 2 besagt: Die Redaktionen

sind in der Gestaltung, namentlich in der Wahl der Themen, der inhaltlichen Bearbeitung und der Darstellung ihrer redaktionellen Publikationen frei [...].

Ausgegangen von den Demonstrationen der Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten in Zürich gegen die Grossbanken stellt sich die «DOK»-Redaktion die Frage, wie viele Mittel die Schweizer Grossbanken für fossile Energien zur Verfügung stellen. Dabei geht es nicht darum, wie der Beanstander kritisiert, die Banken an den Pranger zu stellen, sondern nachzuforschen, inwiefern die Kreditvergabe der CS und UBS – beide anerkennen die Pariser Klimaschutzziele – mit den «Pariser»-Zielen im Einklang sind. Damit nimmt «DOK» eine klassische Aufgabe der Medien wahr: sie überprüft. Und sie tut dies nicht in Form einer Beschimpfung der Banken, wie dies vom Beanstander moniert wird, sondern mit analytischen Gesprächen bei Fachstellen und einem Interview mit dem Nachhaltigkeitsverantwortlichen der CS. Dabei wird schnell deutlich, in welchem Dilemma Finanzinstitute stecken: Auf der einen Seite ist der Profit, der sich aktuell auch noch mit umstrittener Energiegewinnung (Braunkohlekraftwerke, Fracking) erzielen lässt, auf der anderen Seite die Forderung zum sofortigen Umdenken. Oder der enorme Energiebedarf, der nicht per sofort nur noch mit «sauberer» Gewinnung bereitgestellt werden kann. Der Vertreter der CS ist sich des Einflusses der Banken sehr bewusst, wenn er bemerkt: «Die Branche (Banken) hat die Problematik erkannt und hat damit Anteil daran, dass das Image der Industrie (Braunkohle und Fracking) schlechter wird.»

Im «DOK»-Beitrag kamen weitere Themen zur Sprache: u.a. die Zwangsumsiedlung wegen Braunkohle in Deutschland und die Methan-Emissionen beim Fracking in Texas. Diese zweifellos problematischen «Begleiterscheinungen» wurden sehr ausführlich dargestellt, stehen aber nicht im direkten Zusammenhang mit Bankkrediten. Unter welchen Bedingungen Enteignungen und Zwangsumsiedlungen vorgenommen werden, bestimmt die Regierung in Deutschland und eine Spezialerlaubnis für das Ablassen von Methan ohne Verbrennung erteilt die Regierung von Texas. Im Beitrag wird zwar nicht behauptet, die Banken seien dafür direkt verantwortlich. Mit dem Titel der Sendung «Der Schweizer Finanzplatz und die Klimakrise» kann aber der Eindruck entstehen, die Banken seien bei allen Beispielen massgeblich beteiligt und würden im Beitrag dafür, wie es der Beanstander formuliert, an den Pranger gestellt. In diesem Punkt stellen wir eine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots fest.

Bei der Zwangsumsiedlung darf zudem die Frage gestellt werden, weshalb das Thema so ausführlich behandelt wurde. Ziel der Sendung war es, die Banken in Bezug auf ihre selbsternannten Verpflichtungen gegenüber dem Pariser Abkommen zu überprüfen. Zentraler Punkt des Abkommens ist gemäss Bundesamt für Umwelt BAFU: «*Das Übereinkommen von Paris hat zum Ziel, die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, wobei ein maximaler Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius angestrebt wird. Ebenfalls Ziel ist eine Ausrichtung von staatlichen und privaten Finanzflüssen auf eine treibhausgasarme Entwicklung sowie eine Verbesserung der*

*Anpassungsfähigkeit an ein verändertes Klima.»* Jede Zwangsumsiedlung ist mit persönlichen Schicksalen verknüpft, in Bezug auf die Ziele des Pariser Abkommens sind sie aber dennoch nur ein Nebenschauplatz mit geringem Einfluss seitens der Banken.

Dass beim Interview der Gesprächspartner der CS mit bewusster Beleuchtung in ein «schlechtes» Licht gerückt worden sei, wie dies der Beanstander kritisiert, können wir nicht feststellen. Die Verwendung von Mischlicht (Kunst- und Tageslicht) oder reinem Kunstlicht führt zu unterschiedlich beleuchteten Gesichtshälften und wirkt im Gegensatz zu Aussenaufnahmen schnell «gesteuert».

Aufgrund der oben dargelegten Betrachtung stellen wir bezüglich der «Zwangsumsiedlungen» eine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots gemäss Art.4, Abs.2 des Radio- und Fernsehgesetzes RTVG fest.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG.D